

Vorschläge zur Reform des Berufsbildungsrechts

Änderungsvorschläge zu BBiG, BerBiFG, BetrVG

1. BBiG begrifflich und sprachlich modernisieren, systematische Zusammenhänge verdeutlichen, Rechtsklarheit erhöhen

- Statt „Fertigkeiten und Kenntnisse“ im BBiG den Begriff „Qualifikationen“ verwenden
- Klarstellung, dass das Berufsausbildungsverhältnis mit der Bekanntgabe des Bestehens der Abschlussprüfung endet (§ 14 Abs. 2)
- Klarstellung, dass die Durchführung von Umschulungsmaßnahmen den zuständigen Stellen anzuzeigen ist (§ 47)
- Integration des § 76 (Fachliche Eignung) in den Zusammenhang der §§ 20 ff (Berechtigung zum Einstellen und Ausbilden)

2. Ausbildungshemmnisse reduzieren bzw. beseitigen

- Betriebliche Gestaltungsmöglichkeiten für Ausbildungsvergütungen erweitern durch Konkretisierung in § 10 BBiG, dass eine Ausbildungsvergütung in Anlehnung an § 241 Abs. 2 i.V.m. § 240 und § 105 SGB III (Zuschuss zur Ausbildungsvergütung bei außerbetrieblicher Ausbildung) angemessen ist
- Probezeit auf max. 6 Monate verlängern (§ 13)
- Anspruch auf Vertragsverlängerung bei Nichtbestehen der Abschlussprüfung auf 6 Monate beschränken (§ 14 Abs. 3)
- Erweiterung der Kündigungsmöglichkeiten bei Vertragspflichtverletzungen durch den Auszubildenden: Anwendung der allgemeinen Kündigungsvorschriften des BGB auch auf Ausbildungsverhältnisse (§ 15)
- Einmonatiges Widerspruchsrecht des Arbeitgebers gegen Entstehung eines unbefristeten Arbeitsverhältnisses bei Weiterarbeit nach Ende des Berufsausbildungsverhältnisses einführen (§ 17)
- Verkürzung der Ausbildungszeit aufgrund von Anrechnungsverordnungen nur bei Einvernehmen der Vertragsparteien (§ 29 Abs. 1). Verpflichtende BGJ und BFS der Bundesländer müssen abgeschafft werden
- Verkürzungs- und Verlängerungsantrag für die Ausbildung nur im Falle des Einvernehmens der Vertragsparteien (§ 29 Abs. 2 und 3)
- Fachliche Ausbildungseignung erweitern (§ 76)
 - Mindestalter streichen
 - auch ohne Berufsabschluss bei einschlägiger Berufserfahrung (doppelte Ausbildungszeit)
 - auch bei einschlägigem Fortbildungsprüfungsabschluss anerkennen
- Sonderrechte von Jugend- und Auszubildendenvertretern bei der Übernahme im Betriebsverfassungsgesetz streichen (§ 78a BetrVG)

3. Zuständigkeiten straffen, Gremien verschlanken, Abläufe entbürokratisieren

- Regelungen zum Fernunterrichtsschutzgesetz aus dem BBiG streichen (§§ 25, 46)
- Interessenvertretung in sonstigen Berufsbildungseinrichtungen streichen (§ 18 a, b). Vorschriften sind nicht erforderlich und bewirken einen unnötigen Kosten- und Organisationsaufwand in den betroffenen Einrichtungen (Eine Umsetzungsverordnung ist bislang nicht erlassen worden, was darauf schließen lässt, dass die Aufnahme der §§ 18 a und b in das BBiG übereilt war)
- Wegfall der Zuständigkeit der „nach Landesrecht zuständigen Behörde“ für das Feststellungsverfahren zur Ausbildungseignung (persönliche, fachliche und betriebliche Eignung) sowie für die Untersagung der Ausbildung und Konzentration auf die zuständigen Stellen (§§ 23, 24, 76, 80, 82, 87, 89, 91, 94, 96)
- Berufsbildungsausschüsse der zuständigen Stelle verkleinern, Berufung vereinfachen und Aufgaben klarstellen
 - Möglichkeit zur Reduzierung der Mitglieder auf insgesamt 9 Personen (pro Gruppe mind. 3 und max. 6 Personen) (§ 56)
 - Alleinentscheidungsbefugnis der zuständigen Stelle bei nicht fristgerechten Vorschlägen für den Berufsbildungsausschuss (eine § 37 Abs. 3 Satz 4 entsprechende Regelung in § 56 aufnehmen)
 - Berufung des Berufsbildungsausschusses unmittelbar durch die zuständige Stelle (und nicht durch die nach Landesrecht zuständige Behörde) (§ 56 Abs. 2)
 - Ausschluss der Beschlussfassung über Finanz- und Personalverwaltungsfragen der zuständigen Stelle (§ 58)
- Berufung der Meisterprüfungsausschüsse in der Landwirtschaft unmittelbar durch die zuständige Stelle (§ 81)
- Gremien nach §§ 8, 9, 12 BerBiFG verschlanken bzw. abschaffen
 - Hauptausschuss auf 8 Vertreter je Arbeitgeber-, Arbeitnehmer und Länderbank sowie auf 3 Vertreter des Bundes beschränken (§ 8 BerBiFG)
 - Länderausschuss abschaffen
 - Fragen zum Thema Behinderte in anderen BIBB-Ausschüssen behandeln und den AFB abschaffen

4. Betriebliche Ausbildung fördern, flexibilisieren und Innovationen erleichtern

- Öffnung (u. a. § 25) für Einsatz neuer Medien generell (ohne Hinweis auf Fernunterrichtsschutzgesetz)
- Berufsausbildung außerhalb der Ausbildungsstätte konditionieren: Sieht eine AO überbetriebliche Unterweisung vor, soll der Betrieb davon befreit werden, wenn er die Inhalte betrieblich vermitteln kann (§ 27)
- Umsetzung von Innovationen bei Ausbildungsberufen, Ausbildungsstrukturen und Prüfungsformen fördern durch Öffnung und Erweiterung der Erprobungsmöglichkeiten für neue Ausbildungs- und Prüfungsformen (§ 28)
- Auf eine Anleitung zur zeitlichen Gliederung des Ausbildungsrahmenplans sollte verzichtet werden (§25 (2), Nr. 4)

5. Prüfungswesen modernisieren und Prüfungsrecht verbessern

- Betriebliche Elemente in Prüfungen ermöglichen sowie § 28 in Richtung neue Entwicklungen im Prüfungswesen öffnen (§ 28)
- Gestreckte Prüfung als Option in das Gesetz aufnehmen (§ 34) und Zulassung zu Teil 1 der gestreckten Prüfung regeln (§ 39). Zwischenprüfungen sollen nur durchgeführt werden, wenn keine gestreckte Prüfung stattfindet (§ 42).
- Verpflichtung der zuständigen Stelle zur Übermittlung einer Durchschrift der Prüfungszeugnisse an den Betrieb festschreiben (§ 34)
- Prüfungsgegenstand auf den für die Berufsausbildung zu vermittelnden (statt „vermittelten“) Lehrstoff in der Berufsschule erweitern (§ 35)
- Möglichkeit zur Delegation der Bewertung von Prüfungsleistungen auf einzelne Prüfungsausschussmitglieder im BBiG festschreiben (§ 38)
- Rechtsanspruch auf vorzeitige Zulassung zur Prüfung bei einvernehmlicher Antragstellung der Vertragsparteien, wenn Leistungen dies rechtfertigen (§ 40)
- Abschaffung der Richtlinienkompetenz des BIBB-Hauptausschusses für die Prüfungsordnungen der zuständigen Stelle (§ 41). Stattdessen Richtlinienerslass durch zuständigen Fachminister im Einvernehmen mit Dachorganisation der zuständigen Stelle

6. Berufliche Bildung für Qualifizierung im Ausland öffnen

- Zeitlich begrenzte Auslandsaufenthalte als Bestandteil der Ausbildung ermöglichen, ohne dass es einer individuellen Anrechnung der Auslandszeiten auf die Ausbildung im Inland bedarf (§ 1)
- Befreiung von der Schulpflicht bis zu 12 Monate, um Auslandsaufenthalte zu ermöglichen (Änderung der Schulgesetze erforderlich)

7. Berufsausbildungsvorbereitung auf der Basis von Qualifizierungsbausteinen rechtssicher im BBiG verankern

- Berufsausbildungsvorbereitung auf der Basis von Qualifizierungsbausteinen in § 1 aufnehmen
- Klarstellen, dass für Berufsausbildungsvorbereitungsverhältnisse (= „anderes Vertragsverhältnis“ i.S.d. § 19) der Anspruch auf Entgelt ausgeschlossen werden kann und dass bei Weiterarbeit nach der Qualifizierungsmaßnahme kein unbefristetes Arbeitsverhältnis entsteht (§ 19)
- Klarstellung, dass die Durchführung von Berufsausbildungsvorbereitungsmaßnahmen der zuständigen Stelle anzuzeigen ist (§ 52)

8. Berufsbildungsstatistik nach BerBiFG verbessern

- Verschiebung des Stichtages für die Ausbildungsstatistik auf den 31.12. (§ 3 Abs. 2 BerBiFG)
- Synchronisation der Datenerhebung des BiBB und des Stat. Bundesamtes (§ 4 Abs. 2 BerBiFG)